

Noch sind längst nicht alle Wunden verheilt

Vor fünf Jahren bebte im westindischen Bundesstaat Gujarat die Erde

HEINER HILTERMANN

Die Hilfsbereitschaft nach einem Erdbeben ist gross. Doch Monate später schon lässt die Aufmerksamkeit nach. Die Menschen aber sind weiter auf Hilfe angewiesen. Das hat auch eine Gruppe Studierender der Universität Basel festgestellt.

Am 26. Januar 2001, um 8.46 Uhr, brach im Nordwesten Indiens die Hölle los: Die Erde bebte mit Stärke 7,9 auf der Richterskala, legte in weitem Umkreis Häuser, Schulen und Hospitäler in Trümmer, riss klaffende Risse in Wege und Strassen und begrub unzählige Menschen unter Schutt und Staub. Das Epizentrum lag knapp 30 Kilometer nördlich der Distrikthauptstadt Bhuj. Nicht einmal eine Minute dauerte das Inferno. 600 000 Menschen standen ohne Obdach da, 166 000 überlebten mit mehr oder weniger schweren Verletzungen und 17 122 Menschen starben – nach offiziellen Angaben. Inoffiziell wird die Zahl der Toten auf bis zu 100 000 geschätzt. Es war das schwerste Beben, das Indien bis dahin getroffen hatte. Bhuj wurde fast völlig zerstört.

Die internationale Hilfe lief sofort an. Nicht immer war sie sinnvoll. Die Medien berichteten damals von einem Dorf, das plötzlich tonnenweise Haarschampoo bekam, obwohl man bis dahin gut mit Seife ausgekommen war. Ein anderes Dorf erhielt hektoliterweise Mineralwasser, so viel, dass sogar das Vieh damit getränkt wurde. Doch die spontanen Helfer, die das organisiert hatten, blieben nur kurze Zeit. Es waren die erfahrenen Organisationen, die mit lokalen Partnern den Wiederaufbau tatkräftig in die Hand nahmen, unter ihnen auch das Schweizerische Rote Kreuz und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit in Bern.



Gujarat. Der Nordwesten Indiens wird häufig von Beben getroffen. Grafik D. Holliger



Wiederaufbau. Hilfsorganisationen arbeiten bevorzugt mit Frauen zusammen, denn die sind ernsthaft an der Zukunftssicherung interessiert. Foto Keystone

Bhuj ist heute «eine Stadt im aktiven Wiederaufbau», sagt Rita Schneider-Sliwa. Die Leiterin des Instituts für Humangeografie der Universität Basel hat im Frühjahr 2005 mit einer Gruppe Studierender die Region besucht. «Viele Infrastrukturprojekte wie der Ausbau der Strassen sind bereits weitgehend abgeschlossen», hat die Professorin festgestellt. «Der Wiederaufbau in den Wohnvierteln war jedoch noch im Gange.» Gemeinsam mit dem indischen Kooperationspartner, dem All India Disaster Mitigation Institute (AIDMI), hat die Basler Gruppe in einem Pilotprojekt die Auswirkungen des Bebens und den Erfolg des Wiederaufbaus unter die Lupe genommen. AIDMI ist eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO), die sich besonders um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Ärmsten kümmert.

VIER SLUMS. Entsprechend haben sich die Basler Geografen zunächst auf vier Slums in Bhuj konzentriert. Mit Hilfe von Satellitenfotos wurden genaue Karten erstellt und alle Häuser, Hütten und sonstigen Baustrukturen komplett erfasst. Anschliessend wurden alle Haushalte nach Wohnungssituation, Ein-

kommen, Ernährungslage und Bildung gefragt. Aber auch danach, wie viel diese Bewohner offiziell illegaler, weil auf Staatsgrund gebauter Siedlungen zu investieren bereit wären, um ihren Status zu verbessern. Denn darum geht es dem AIDMI vor allem: «Wir wollen die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern, sie sollen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und besser für künftige Krisensituationen gewappnet sein», sagt Mihir R. Bhatt, der Instituts-Leiter.

SOZIALVERSICHERUNG. Bhatt und seine Helfer beschreiten dabei mehrere Wege. Der innovativste ist wohl der Versuch, eine Art selbstorganisierter Sozialversicherung aufzubauen. 120 Rupien im Jahr, etwa 3.80 Franken, sollen das Überleben einer Familie sichern, wenn der Haupterwerbende einer Familie stirbt oder arbeitsunfähig wird. «Bislang war das für die Ärmsten eine existenzbedrohende Katastrophe.» Bhatt setzt bei der Realisierung seiner Ziele besonders auf die Frauen, weil die offenbar ernsthafter an der Zukunftssicherung der Familien interessiert sind als die Männer. Das AIDMI kooperiert dabei mit der Self-Employed Women's Asso-

ciation (Sewa), der grössten Frauengewerkschaft Indiens. Mit dieser arbeitet auch das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) intensiv zusammen. Das SRK hat vor allem Frauen den Bau von erdbebensichereren Häusern beigebracht. Und hat dabei im Wiederaufbau der Siedlungen gute Erfahrungen gemacht – im Gegensatz zu westlichen Hilfsorganisationen, die mit Baugesellschaften kooperierten. Da wurde offenbar manche Siedlung so gesichtslos und monoton aufgebaut, dass die Bevölkerung sie nicht angenommen hat und die Häuser heute noch zu 80 Prozent leer stehen.

Sewa und SRK haben sich nach Abschluss der Wiederaufbauphase in drei Dörfern noch einmal einen Überblick in der Region verschafft. «Danach haben wir», sagt Peter Eppler, Programmverantwortlicher beim SRK, «eine dritte Bauphase drangehängt». Zusätzlich zu den schon fertigen 900 Häusern werden noch einmal 239 Häuser gebaut. In einigen Dörfern ist wohl nicht so genau hingeschaut worden, vermutet Eppler. Eine einflussreiche Familie hat schon mal zwei Häuser hingestellt bekommen. Andere, vor allem Angehörige marginalisierter Gruppen, gingen leer aus.

Pilotprojekt der Universität Basel

AUFMERKSAM. Das Institut für Humangeografie der Universität Basel ist durch drei Studierende auf das Erdbebengebiet im Nordwesten Indiens aufmerksam geworden. Die drei haben im Rahmen ihres Berufspraktikums bei der Nicht-Regierungsorganisation All India Disaster Mitigation Institute gearbeitet. Die Professorin und Basler Institutsleiterin Rita Schneider-Sliwa hat diesen Kontakt mit dem Pilotprojekt im vergangenen Jahr zu einer formellen Partnerschaft erweitert. Wer mehr über die Arbeit der Geografen erfahren will, kann sich auf deren Homepage www.humgeo.unibas.ch informieren. Unter dem Stichwort «Aktuelles» und weiter unter «slum mapping in Indien» kommt man an weiterführende Angaben, die allerdings noch ergänzt werden. Demnächst erscheint auch ein Buch über das Projekt. heh

Angela Merkels souveränes Auftreten lässt Kritiker verstummen

Die Kanzlerin bricht mit der Kumpelhaftigkeit ihres Vorgängers und setzt nüchtern neue aussenpolitische Akzente

PAOLA CAREGA, Berlin

Washington und Moskau liegen hinter ihr, und selbst die Opposition zeigt sich nach Angela Merkels ersten Auslandsbesuchen positiv überrascht.

Die Mehrheit der Deutschen ist zufrieden mit der Kanzlerin. «Gute Arbeit» leistete Angela Merkel, finden die Bundesbürger laut einer ARD-Umfrage gut 60 Tage nach ihrem Amtsantritt. Zu dem wohlwollenden Urteil beigetragen haben Merkels Auftritte im Ausland: Ihre ersten Schritte auf dem internationalen Parkett – zuletzt gestern am Weltwirtschaftsforum in Davos – hat die 51-Jährige souverän gemeistert.

MUT ZUR KRITIK. Deutschlands erste Kanzlerin habe im Ausland mit Selbstbewusstsein und Mut zur Kritik überzeugt, so der Tenor zu Hause. Und im Gegensatz zu vielen ihrer männlichen Kollegen sei ihr auftrumpfendes Gebilde genauso fremd wie eine zur

Schau gestellte Kumpelhaftigkeit. Ob Paris, Brüssel, London, Warschau, Rom, Washington oder Moskau. Tatsächlich hat es Merkel auf eine diplomatische und zugleich unmissverständliche Weise geschafft, den Kurs ihres Vorgängers Gerhard Schröder zu korrigieren und neue Akzente zu setzen.

Erstes Beispiel war ihr erster Besuch beim französischen Präsidenten: Anders als Jacques Chirac vermied es Merkel, von der viel zitierten «deutsch-französischen Achse» zu sprechen. Diese Zeiten sind vorbei; die Kanzlerin bevorzugt ein gutes Verhältnis zu allen europäischen Ländern. Ihr früherer Besuch in Brüssel erschien symbolhaft: Gleich zu Beginn machte Merkel die Bedeutung von EU und Nato für die Bundesrepublik deutlich.

Befreundete Länder hätten das Recht auf offene Kritik, betonte Merkel vor ihren Auslands-

besuchen. Sie wolle alles auf den Tisch bringen, denn es nütze nichts, wenn Probleme nicht angesprochen würden. Unmissverständlich kritisierte die Kanzlerin in Washington denn auch das völkerrechtswidrige US-Gefangenlager Guantánamo.

MENSCHENRECHTE. Die deutschen Medien nahmen es mit Genugtuung zur Kenntnis. Merkel habe bei ihrem USA-Besuch die problematische Gratwanderung zwischen demonstrativer bilateraler Nähe und politischer Distanz zu wichtigen Aspekten der US-Politik souverän bewältigt, lobte der Bonner «Generalanzeiger». Und die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» schrieb, die neue Nüchternheit in der Aussenpolitik könne Washington nach den Erfahrungen mit Schröder nur recht sein.

Nüchternheit prägte Merkels erstes Treffen mit Wladimir Pu-

tin im Kreml. Mit klaren Worten sprach sie den russischen Präsidenten auf heikle Themen wie Tschetschenien und Menschenrechte an. Anschliessend traf sie Vertreter von Menschenrechtsorganisationen zum Gespräch in der deutschen Botschaft – eine kleine, aber wirkungsvolle Geste.

Sie habe sich unter anderem über das neue Gesetz orientieren wollen, das die Arbeit regierungsunabhängiger Organisationen schärfer kontrolliere, erklärte Merkel. Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial lobte die Kanzlerin für die Gesprächsbereitschaft, die sie von ihrem Vorgänger Schröder unterscheidet.

Erfahrene SPD-Aussenpolitiker zeigten sich über Merkels Moskaubesuch positiv überrascht. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler (SPD), sagte, die Akzente der Russlandpolitik hätten sich ver-

schieben. Die neue Regierung schaue «stärker und auch kritischer als früher auf die innere Entwicklung Russlands, einschliesslich der Demokratieverbleibung und der Kaukasus-Frage», sagte Erler der «Frankfurter Rundschau». Der SPD-Politiker Markus Meckel meinte, die Fixierung Schröders auf Putin und deren Freundschaft sei falsch gewesen. Es habe in der Vergangenheit immer Kräfte gegeben, die europäischem Druck auf Moskau für mehr Demokratie im Wege gestanden wären. Dazu hätten auch die Aktivitäten Schröders gehört.

OPPOSITION SPRACHLOS. Die Oppositionsparteien hielten sich nach Merkels ersten Auslandsreisen mit Kommentaren auffällig zurück. Fast schien es, als hätte ihnen Merkels souveränes Auftreten vor Erstaunen die Sprache verschlagen. Erst das Treffen der

Kanzlerin mit Chirac diesen Montag in Versailles gab der Opposition Anlass zu Kritik.

Entgegen den Erwartungen hatte Merkel den französischen Staatspräsidenten nicht auf seine jüngsten Äusserungen zur Atompolitik angesprochen. Kein Wort dazu, dass Chirac den Einsatz französischer Atomwaffen gegen Terrorstaaten für gerechtfertigt erachtet hatte. «Angela Merkel zeigt ihr wahres Gesicht», kommentierte die Grünen-Chefin Claudia Roth fast erleichtert. Die Kanzlerin habe darauf verzichtet, Rückgrat zu beweisen und eine klare Position gegen einen drohenden nuklearen Wettlauf zu beziehen.

Grünen-Fraktionschef Fritz Kuhn sprach von einem grossen aussenpolitischen Fehler der Kanzlerin. Mit Chiracs Haltung lasse sich nicht glaubwürdig für einen weltweiten Abbau der Atomwaffen eintreten.